

IV.7 Fehl Abstimmungen und Mißverständnisse

Mit dem Beginn der Krise zwischen der Bundesrepublik und Ägypten ereigneten sich Unstimmigkeiten, die als Fehl Abstimmungen und Mißverständnisse bezeichnet werden können. Erstens, die von Bundespräsident Gerstenmaier ausgesprochene Einladung an das ägyptische Staatsoberhaupt Abdel Nassers, die nicht erfolgte. Zweitens, die spanische Vermittlungsaktion; die zu Spannungen im deutsch-israelischen Verhältnis führten und keine Einigung in der Krise hervorriefen; und drittens die Israel Mission des Sondervermittlers Birrenbach, der mit der Mission konsularische Beziehungen mit Israel aufzunehmen abreiste. Erst bei seiner Ankunft in Israel erfuhr Birrenbach, daß die Bundesrepublik in der Zwischenzeit sich entschlossen hatte diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.

IV.7.1 Gerstenmaiers Ägyptenreise

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hatte, wie bereits in Kapitel III.1 erläutert, während seines Ägypten-Besuches im November 1964 Präsident Nasser gegenüber eine mündliche Einladung ausgesprochen, die dieser annehmen wollte. Die Einladung an Nasser war ein Vorschlag des deutschen Botschafters in Kairo gewesen. Nasser wollte die Einladung, die Gerstenmaier überbrachte, annehmen⁴⁹². Während des Neujahrsempfanges 1965 erfuhr Gerstenmaier allerdings, daß Nasser bislang keine schriftliche Einladung erhalten habe.

Nach Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel sollte die eigentlich als Routinebesuch geplante Reise Gerstenmaiers nach Ägypten dazu dienen, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Ägypten wieder zu verbessern und Nasser zu bewegen, eine Normalisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses zu akzeptieren. Nasser forderte die Einstellung der Waffenlieferungen, was Gerstenmaier ihm unter Hinweis auf ein restriktives deutsches Waffengesetz zusagte⁴⁹³.

Insbesondere ist hier hervorzuheben, daß Gerstenmaier Nasser die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel zu einem Zeitpunkt versprach, zu dem diesbezügliche Ergebnisse der Verhandlungen mit Israel noch nicht absehbar waren.

⁴⁹² Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4.2000.

⁴⁹³ Vgl. Booz, 1994, S. 80.

Als das Gespräch auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel kam, schwieg Nasser, woraus Gerstenmaier schloß, daß sich Nasser damit zufrieden geben könnte⁴⁹⁴. Gerstenmaier versuchte, das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und Israel zu erklären. Neben dem gleichmäßig anzuwendenden Waffenembargo, welches den politischen Willen der Bundesregierung zum Ausdruck bringen sollte, sah die Bundesregierung es als eine Voraussetzung für die Anwendung eines Prinzips der Ausgewogenheit an, mit allen Staaten der Region gleichmäßige Beziehungen zu unterhalten. Darüber hinaus versuchte er die Waffenlieferungen mit der Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA zu erklären und zu entschuldigen⁴⁹⁵. Es ist jedoch anzunehmen, daß Gerstenmaier nicht über das gesamte Ausmaß der geheimen Waffenlieferungen an Israel informiert war⁴⁹⁶.

Gerstenmaier bemühte sich, auf Grundlage des Gesprächs mit Nasser eine Liste zusammenzustellen, die die Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten, die Unterstützung des ägyptischen Fünfjahresplans und die Reaktion der arabischen Liga auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel konkretisieren sollte. Diese Vereinbarungen sollten beim Besuch Nassers in Bonn unterzeichnet werden. Bundeskanzler Erhard hielt den Vorschlag Gerstenmaiers noch im Dezember 1964 für ausdrücklich richtig⁴⁹⁷.

Während einer Besprechung auf dem Neujahrsempfang 1965 auf dem die Einladung des ägyptischen Präsidenten erörtert wurde, erfuhr Gerstenmaier, daß diese noch nicht erfolgt war. Daraufhin schrieb Gerstenmaier sofort an Außenminister Schröder und den Bundeskanzler, um diese darüber zu informieren, und kritisierte den langsamen Entscheidungsprozeß. Der Außenminister rechtfertigte sich gegenüber Gerstenmaiers Vorwürfen damit, daß die Zustimmungen des Kabinetts benötigt werde, die mit anderen Ressorts abgestimmt werden müsse⁴⁹⁸. Für Gerstenmaier war der Eindruck entstanden, daß die Botschaft in Kairo, die seit seinem Besuch keine Instruktionen mehr erhalten hatte, mit seinem Konzept einverstanden gewesen sei⁴⁹⁹. Staatssekretär Carstens hatte gegenüber

⁴⁹⁴ Interview Heinz Fiedler, mit Botschafter a.D. am 7.4.2000.

⁴⁹⁵ Vgl. Schwarz, 1975, S. 322.

⁴⁹⁶ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4.2000.

⁴⁹⁷ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 10. „Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundesminister Schröder“, S. 49-52.

⁴⁹⁸ Vgl. Gerstenmaier, 1981, S. 502-503.

⁴⁹⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 10. „Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundesminister Schröder“, S. 49-52.

Gerstenmaier angemerkt, daß die Einladung erst erfolgen könne, wenn man sich über einen Termin einig sei⁵⁰⁰.

Die Einladung an ein Staatsoberhaupt durchläuft einen langen bürokratischen Prozeß und erfordert lange Terminabsprachen, wie den Aufzeichnungen des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Meyer-Lindenberg zur Vorbereitung des Nasser-Besuches zu entnehmen ist⁵⁰¹. Der Bundestagspräsident ist von der übrigen Ministerialbürokratie weitgehend abgekoppelt und wurde in eine diplomatische Mission hineingezogen, die zwar seinen Besuch und Kairo aufwertete, aber keiner Entscheidungsfindung dienen sollte. Ein Besuch Nassers in Deutschland schien eher vom Auswärtigen Amt als vom Bundeskanzleramt gewünscht.

Schon im Zusammenhang mit der Konferenz der blockfreien Staaten am 14. Oktober 1964 in Kairo hatte Botschafter Federer seine Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß Nasser, der alles unterlassen hatte, um die Deutschlandpolitik zu gefährden, mit einer Einladung nach Bonn rechnete. Federer gab in diesem Zusammenhang zu bedenken: „Ein Ausbleiben oder Hinauszögern dieser Einladung würde tiefe Verstimmungen hervorrufen und von ägyptischer Seite zweifellos auf israelische Einflußnahme zurückgeführt werden. Außerdem würde der Eindruck entstehen, unser Interesse an der VAR ginge wieder zurück, nachdem die Konferenz ohne Beeinträchtigung unserer Deutschlandpolitik verlaufen ist.“⁵⁰²

Am 21. Januar 1965 traf der deutsche Botschafter Federer mit dem ägyptischen Außenminister Mahmoud Riad zusammen. Zu Beginn des Gespräches drückte Federer sein Verständnis dafür aus, daß Nasser nicht vor den Präsidentschaftswahlen im März nach Bonn kommen würde und daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch keinen Termin nach den Wahlen festlegen könne, doch die erste Hälfte im Juni sollte für einen eventuellen Termin ins Auge gefaßt werden. Riad versprach, sich um einen passenden Termin zu kümmern, wies jedoch seinerseits darauf hin, daß im Juni die Afro-Asiatische Konferenz in Algier stattfinden würde. Im Verlauf des Gespräches erwähnte Riad, daß der Besuch Gerstenmaiers in Ägypten einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen habe. Daraufhin fragte Federer, ob die Regierung Ägyptens das zwischen Bundestagspräsident Gerstenmaier und Präsident Nasser aufgenommene politische Gespräch fortzusetzen wünsche, welches der ägyptische Außenminister bejahte, doch hervorhob, daß hier der nächste Schritt bei der Bundesregierung läge. Federer stimmte dem zu

⁵⁰⁰ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 10. „Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundesminister Schröder“, S. 49-52.

⁵⁰¹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 9. „Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg“, S. 44-45.

⁵⁰² AAPD, 1965, Dok. 1. „Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes“, S. 3.

und unterrichtete ihn über diesbezügliche Gedankengänge im Auswärtigen Amt. Riad hob hervor, daß die ägyptische Regierung es begrüßen würde, wenn ein Gespräch stattfände, selbst auf die Gefahr hin, daß man sich nicht einigen könne. Neben der Fortsetzung der Gespräche über das Dreiecksverhältnis Bonn-Kairo-Tel Aviv schlug Federer nach dem Gespräch vor, als nächsten Schritt Hassouna, den Generalsekretär der Arabischen Liga, um ein Gespräch zu bitten, da aufgrund der Ligabeschlüsse die Lage nicht allein von Ägypten abhängig sei⁵⁰³.

Gerstenmaier hatte schon 1962 einen Botschafteraustausch mit Israel angestrebt und war mehrfach dafür eingetreten⁵⁰⁴. Der von ihm im Dezember 1964 vorgeschlagene „package deal“, nach dem alle Waffenlieferungen in den Nahen Osten eingestellt werden sollten und auf diplomatischem Wege geklärt werden sollte, welches Maß von Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen von arabischer Seite akzeptiert werden könnte⁵⁰⁵, wurde in den weiteren Verlauf des Entscheidungsprozesses nicht eingebracht. Dieser Vorschlag wurde nur in einem Schreiben von Botschafter Federer an Staatssekretär Carstens erwähnt. Der Rat des deutschen Botschafters in Kairo, den Stellenwert des Ulbricht-Besuches möglichst gering zu halten wurde nicht umgesetzt. Es war jedoch für die Bundesregierung unmöglich, den Besuch geheimzuhalten, da auch Ulbricht mit der Einladung Nassers „prahlte“⁵⁰⁶.

Nach Bekanntwerden des geplanten Ulbricht-Besuches erörterte Erhard am 27. Januar 1965 die Lage mit Minister Westrick, Staatssekretär Carstens und dem Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt, Horst Osterheld. Während Westrick der Auffassung war, daß Bonn seine Empörung gegenüber Kairo ausgedrückt hatte und alles versucht werden solle, den Besuch Ulbrichts zu verhindern, riet Carstens von diesem Schritt ab und schlug vor, zunächst abzuwarten, da die Form der Einladung nicht bekannt sei. Erhard stimmte jedoch Westrick zu, da er der Meinung war, daß die Einladung im Widerspruch zum bisherigen Verhältnis gegenüber den arabischen Staaten stünde⁵⁰⁷.

Die Bundesregierung erkannte, daß der Besuch wesentlich ernster zu nehmen sei als der des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im Januar 1959 in Ägypten. Daraufhin erklärte der Sprecher der Bundesregierung am gleichen Tag, daß das Verhältnis zwischen den beiden Staaten „schwerwiegende Veränderungen“

⁵⁰³ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 30. „Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens“, S. 166-168.

⁵⁰⁴ Vgl. Blasius, 1994, S. 160-161.

⁵⁰⁵ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 38. „Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens“, S. 192-94.

⁵⁰⁶ Interview mit dem damaligen Bundessprecher Karl-Günther von Hase am 19.1.2000.

⁵⁰⁷ Vgl. Osterheld, 1992, S. 152.

verzeichnen werde. Botschafter Federer riet, den Verlauf des Besuches abzuwarten und davon die Beschlüsse abhängig zu machen⁵⁰⁸.

Man entschied sich zunächst für eine abwartende Haltung, doch trotz der Empfehlung von Botschafter Federer zur Zurückhaltung kam es zu keiner praktikablen Nahoststrategie. Damit blieb das Dreiecksverhältnis zwischen den Deutschen, den Arabern und den Israelis weiterhin ungeklärt⁵⁰⁹.

Gerstenmaiers frühzeitige Versprechung der sofortigen Einstellung der Waffenlieferungen, über dessen gesamten Umfang er wahrscheinlich nicht informiert war, und die Ankündigung einer Einladung Nassers in die Bundesrepublik, die nie umgesetzt wurde, trugen nicht zur Verbesserung des Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Ägypten bei. Darüber hinaus dürfen die Handlungsmöglichkeiten eines Bundestagspräsidenten nicht überbewertet werden. Das Hineinziehen seines Routinebesuches in die deutsch-ägyptische Krise gleich zu Beginn war ein unglücklicher Umstand.

IV.7.2 De Nervas Vermittlungsversuch

Gegen den Rates der westlichen Verbündeten hatte sich die Bundesregierung für einen externen Vermittlungsprozeß durch Spanien entschieden. Der Mitarbeiter des Kanzleramtes Hans Neusel hebt in seinem Interview mit der Autorin hervor, daß die Bundesregierung jede Chance nutzen wollte und sich daher auf den Vermittlungsprozeß einließ⁵¹⁰.

Das Vermittlungsangebot der Bundesrepublik wurde von Sonderbotschafter Marques de Nerva auf Umwegen über die deutsche Botschaft in Madrid, die spanische Regierung und die spanische Botschaft in Kairo mitgeteilt. De Nerva traf während seiner Mission zu Gesprächen mit Ministerpräsident Ali Sabri und Staatspräsident Nasser zusammen. Das Auswärtige Amt wurde nicht genau informiert, was bei der Verhandlung zwischen Nasser und de Nerva im einzelnen gesagt wurde⁵¹¹.

So erinnert sich der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Kairo, Kurt Müller, daß de Nerva Instruktionen aus Spanien erhalten hatte, die Müller nicht genau bekannt waren. De Nerva sollte Müller über die Ergebnisse berichten. Müller

⁵⁰⁸ Vgl. Wagner, 1965, S. 362.

⁵⁰⁹ Vgl. Der Spiegel, „In die Hand gespielt.“ 10.2.1965.

⁵¹⁰ Interview am 30.11.1999 mit Hans Neusel, Staatssekretär a.D., Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes unter Erhard.

⁵¹¹ Vgl. Seelbach, 1970, S. 133.

beschreibt, daß es schwierig war, mit de Nerva Kontakt aufzunehmen. Am 10. Februar 1965 hielt Sabri eine Rede vor dem ägyptischen Parlament und erklärte, daß die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel sofort eingestellt würden, daß unterwegs befindliche Schiffe zurückgerufen würden und die Bundesregierung zukünftig eine Politik verfolgen werde, in der sie keine Waffen in Spannungsgebiete liefern werde. Müller zeigte sich deutlich überrascht, als er von der Erklärung erfuhr, und telegraphierte umgehend nach Bonn. Obwohl Müller die genaue Instruktion, die de Nerva aus Madrid erhalten hatte, nicht kannte, wußte er, daß de Nerva über seine Instruktion hinausgegangen war. Müller versuchte, de Nerva aufzusuchen, um ihm seine Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen, was ihm aber erst am sehr frühen Morgen des folgenden Tages, einige Stunden vor de Nervas Abreise aus Kairo, gelang⁵¹².

Am 12. Februar 1965 verkündete der Vermittler Marques de Nerva bei seiner Ankunft in Bonn, daß er Nasser Bonns Zusage überbracht habe, die Bundesrepublik würde Israel nicht diplomatisch anerkennen, aber verschwiegen habe, daß dieses nur auf absehbare Zeit gelte⁵¹³. Der Leiter der Israel-Mission Shinnar wurde um ein Gespräch mit Bundeskanzler Erhard gebeten, in dem Erhard den deutschen Standpunkt und das Zustandekommen des Mißverständnisses genau erläuterte. Shinnar reiste daraufhin nach Israel, um die Einzelheiten des Gespräches zu übermitteln⁵¹⁴.

Aus einem Fernschreiben des deutschen Botschafters in Madrid, Helmut Allradt, an das Auswärtige Amt, datiert vom 7. Februar 1965, geht hervor, daß Ministerpräsident Ali Sabri, darauf hingewiesen habe, daß Ägypten bislang die Position der Bundesregierung in der Frage der Nichtanerkennung der DDR voll unterstützt habe und insbesondere auf der letzten Kairo-Konferenz der neutralen Welt eine Anerkennung der DDR verhindert habe. Die Bundesrepublik habe durch ihre „de facto“ Beziehungen mit Israel ein doppeltes Spiel mit den Arabern getrieben. Sabri habe erwidert, daß er einlenken würde, wenn die Bundesregierung unmißverständlich eine andere Haltung gegenüber Israel einnehmen würde, und Ägypten bereit sei, den Besuch Ulbrichts als eine reine „Courtoisie-Geste“ zu behandeln, und die DDR nicht anerkennen würde⁵¹⁵. Es ist davon auszugehen, das Spanien sich mit der Vermittlungsaktion selbst in den Vordergrund spielen wollte. Die pro-arabische Politik des Franco-Regimes war aus Sicht vieler arabischer Staaten Ausdruck eines spanischen Grundverständnisses für ihre Probleme und Interessen.

⁵¹² Interview mit Kurt Müller, Botschafter a.D. am 19.4.2000.

⁵¹³ Vgl. Seelbach, 1970, S. 132-133.

⁵¹⁴ Vgl. Shinnar, 1967, S. 154-155.

⁵¹⁵ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 59. „Botschafter Allradt, Madrid, an das Auswärtige Amt“, S. 262-264.

Die de Nerva Mission ermöglichte es Spanien, sich zu exponieren und seine pro-arabischen Interessen zu vertreten.

Als am 11. Februar 1965 Bundeskanzler Erhard und Kanzleramtschef Westrick mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, zusammentrafen, war auch die gerade aus Kairo eintreffende Meldung Gegenstand der Diskussion. Um Shinnar zu beruhigen, las Bundesminister Westrick die Instruktion vor, die der deutsche Botschafter in Madrid zur Weiterleitung an Marques de Nerva erhalten hatte. Shinnar bestätigte, daß die Instruktion korrekt sei, hob jedoch hervor, daß aufgrund der falschen Meldung aus Kairo sich in Israel eine Welle der Empörung erheben werde⁵¹⁶.

Am 12. Februar 1965 empfing Staatssekretär Carstens Marques de Nerva zu einem Gespräch⁵¹⁷. De Nerva schilderte detailliert den Verlauf seiner Mission und erwähnte mehrere Zusammentreffen mit Ali Sabri. Ali Sabri sei daraufhin sehr zufrieden gewesen und habe erklärt, daß er in der Nationalversammlung über zwei oder drei Punkte berichten werde, insbesondere, daß Deutschland sich bereit erklärt habe, keine Waffen mehr an Israel zu liefern. Er befürchtete aber, daß die Nationalversammlung kein Vertrauen mehr zur deutschen Regierung habe. Ein entsprechendes Gesetz, das vom Bundestag verabschiedet würde, würde den Ägyptern andererseits eine zusätzliche Sicherheit geben. Am darauffolgenden Tag fand ein Gespräch zwischen Nasser und de Nerva statt. Nasser sprach sich sehr positiv über die spanische Vermittlung aus, und als de Nerva ihn fragte, was er bei seiner anschließenden Reise nach Bonn der Presse verkünden solle, antwortete Nasser, daß er sagen könne, daß die Mission gelungen sei. Der spanische Botschafter in Bonn teilte kurz nach dem Gespräch am 10. Februar 1965 der Bundesregierung mit, daß der spanische Außenminister Castiella - aus Gründen der „spanischen Mentalität“ und der dortigen Prestigebedürfnissen - de Nervas Versuch bereits als großen Erfolg gewertet habe. De Nerva rechtfertigte sich jedoch in Bonn und erläuterte, daß er selbst Zeitungsberichte gelesen habe, aus denen er entnahm, daß Ali Sabri vor der ägyptischen Nationalversammlung erklärt hätte, daß die Bundesregierung keine Waffen mehr an Israel liefern werde. Nasser selbst habe tiefe Sympathien für das deutsche Volk ausgesprochen. De Nerva zeigte einige seiner Dokumente aus seinen Gesprächen als Beweis und betonte, daß die Presse nur von ägyptischer Seite darüber hätte erfahren können. Er habe

⁵¹⁶ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 70. „Gespräch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Westrick mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar“, S. 297-301.

⁵¹⁷ Außerdem waren Ministerialdirigent Böker, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und von spanischer Seite der spanische Botschafter Erice y O’Shea sowie Botschaftsrat Perez-Hernandez anwesend.

der Presse nur erklärt, daß Spanien sowohl mit Deutschland als auch mit den arabischen Ländern befreundet sei und zwischen diesen beiden Ländern vermitteln wolle. De Nerva äußerte außerdem gegenüber seiner Regierung, daß er den Eindruck habe, daß Nasser bei Verzicht der Bundesregierung auf Fortsetzung der Militärhilfe an Israel sogar bereit sei, den Ulbricht-Besuch abzusagen⁵¹⁸. Abschließend dankte Staatssekretär Carstens auch im Namen der Bundesregierung de Nerva für seine Bemühungen⁵¹⁹.

Ob die Mißverständnisse auf die deutsche Seite zurückzuführen sind, ist fraglich. Aus einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt, Meyer-Lindenberg, am 15. Februar 1965 ist zu entnehmen, daß die deutsche Botschaft in Kairo in einem Drahtbericht am 12. Februar 1965 darauf hingewiesen hat, „daß der Widerspruch zwischen den Zusagen der Bundesregierung durch den Marquis de Nerva und den Äußerungen des Bundeskanzlers in Bonn Präsident Nasser veranlassen könnten, die deutsche Seite der Irreführung zu beschuldigen und als Konsequenz hieraus die Anerkennung der DDR und den Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu ziehen“⁵²⁰.

Wie aus dem oben beschriebenen Vorgang zu entnehmen ist, sind der Vermittlungsaktion eine Reihe von „Mißgeschicken“ nachzuweisen. Es ist anzunehmen, daß mangelnde Absprachen der Vorgehensweisen zu den Mißverständnissen geführt haben sowie der persönliche Wunsch de Nervas, zu einer erfolgreichen Verhandlungsmission zu gelangen. Grundsätzlich hatte de Nerva ein persönliches Interesse durch die Vermittlung gut auszusehen. Zu erwähnen bleibt, daß seine Person umstritten war und Gerüchten zufolge in geheime Waffenverhandlungen mit den arabischen Staaten verstrickt war⁵²¹.

IV.7.3 Birrenbachs Israel Mission

Aus einer Unterredung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zwischen Bundesaußenminister Schröder, Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel, Staatssekretär Carstens und Ministerialdirektor Reinhold Mercker ergaben sich drei Alternativen im Rahmen der Nahostkrise. Die erste, die besonders von

⁵¹⁸ Vgl. Birrenbach, 1984, 98-99.

⁵¹⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 73. „Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Abteilungsleiter Marques de Nerva, spanisches Außenministerium“, S. 307-312.

⁵²⁰ AAPD, 1965, Dok. 77. „Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg“, S. 324-328.

⁵²¹ Eindeutige Hinweise darauf lassen sich nicht feststellen. Den Gerüchten zufolge könnte es sich auch um israelische Propaganda handeln.

Bundeskanzler Erhard favorisiert wurde, war, die diplomatischen Beziehungen zu Israel ohne übertriebene Rücksicht auf Proteste von arabischen Staaten einzuleiten. Die zweite Denkrichtung war, Israel als Zwischenlösung die Errichtung eines Generalkonsulats anzubieten, welches man dann nach einer bestimmten Zeit in eine Botschaft umwandeln könnte, wenn ein Übereinkommen mit den Arabern gefunden worden wäre. Die letzte Alternative war, es bei der Einrichtung einer der Kölner Mission⁵²² entsprechenden Dienststelle in Israel zu belassen.

Auf einer Ministerbesprechung am 2. März 1965 wurde schließlich beschlossen, Kurt Birrenbach (CDU) als Sonderbotschafter nach Israel zu schicken⁵²³. Birrenbach fuhr mit dem Ziel nach Israel, über amtliche Beziehungen zu verhandeln, wobei sich zunächst die Errichtung eines Generalkonsulats anbot und gleichzeitig über die Umwandlung des Waffenabkommens verhandelt werden konnte. Staatssekretär Carstens erwähnte in seinen Erinnerungen, daß er dieses Konzept vertrat, da er hoffte mit einer Aufnahme konsularischer Beziehungen zunächst arabische Reaktionen verhindern zu können⁵²⁴.

Da Birrenbach schon am 7. März 1965 nach Israel abreiste, blieb ihm wenig Zeit, sich eingehend über die Lage zu informieren. Dieses traf insbesondere auf die Fragen der Waffenlieferungen und Wirtschaftsbeziehungen zu⁵²⁵. Wie in Kapitel III.2 dargestellt, war die Nahosterklärung bereits vor dem Eintreffen Birrenbachs bekannt geworden. Die eigentliche Absicht, die Aufnahme der konsularischen Beziehungen zu Israel, war bei seiner Ankunft ohne sein Wissen hinfällig geworden. Birrenbach mußte von den Israelis erfahren, was sich am Abend des 6. März beziehungsweise am Morgen des 7. März 1965 in Bonn ereignet hatte⁵²⁶. Erhard hatte mit der Nahosterklärung den Beschluß, mit dem er Birrenbach nach Israel geschickt hatte – die Einleitung konsularischer Beziehungen zu Israel – modifiziert. So war Israel schon vor der Ankunft Birrenbachs von der geplanten Aufnahme diplomatischer Beziehungen informiert.

Staatssekretär Carstens bezeichnete diesen Vorgang als ein Musterbeispiel schlechten Managements: „Mit dem Unterhändler wurde ein bestimmtes Vorgehen vereinbart. Der Bundeskanzler war einverstanden. Während der Unterhändler zu den Verhandlungen reiste, gab die Bundesregierung eine von der ihm erteilten Instruktion abweichende öffentliche Erklärung ab, die dem Unterhändler das

⁵²² Von der Kölner Mission wurde oft behauptet, daß sie dem Stellenwert einer Botschaft gleichzusetzen sei.

⁵²³ Vgl. Seelbach, 1970, S. 133-134.

⁵²⁴ Vgl. v. Jena u. Schmoeckel, 1993, S. 308.

⁵²⁵ Vgl. Birrenbach, 1984, S. 99.

⁵²⁶ Vgl. Birrenbach, 1984, S. 101-103.

Verhandlungskonzept zerschlug. Die Verhandlungspartner erfuhren davon früher als der Unterhändler.⁵²⁷

⁵²⁷ v. Jena u. Schmoeckel, 1993, S. 309.